



Kanzler und Kardinal: Der Handkuß ist unhygienisch

„Mein Gott – was soll aus Deutschland werden?“

ADENAUER UND DER KLERUS — ADENAUER UND DIE SOZIALISTEN

5. Fortsetzung

Die Idee einer deutschen allchristlichen Union — die Idee also einer aus Protestanten und Katholiken zusammengesetzten Partei — ist über hundert Jahre alt. Sie wurde schon von einem Freund Bismarcks, dem preußisch-protestantischen Juristen Ernst Ludwig von Gerlach, vertreten. Gleichwohl blieb sie bis 1945 unverwirklicht.

Auf katholischer Seite wurde der Plan einer inter-konfessionellen Partei Anfang der zwanziger Jahre von Adam Stegerwald, dem christlich-katholischen Arbeiterführer, propagiert. Konrad Adenauer stellte sich ihm zur Seite. Auf

dem Deutschen Katholikentag 1922 forderte er Katholiken und Protestanten in etwas formelhafter Weise auf, „gemeinsam für die Gestaltung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben zu kämpfen“.

Trotzdem kam die protestantisch-katholische Union in der Weimarer Republik nicht zustande. Die Protestanten waren trotz der Niederlage des Kaiserreiches im Jahre 1918 Anhänger ihrer alten schwarzweißroten, preußisch-deutschen Ideale geblieben, und die waren zu allen Zeiten für die Katholiken nur schwer genießbar gewesen.

Erst 1945, nachdem Preußen und Bismarck-Reich im Desaster des Zwei-

ten Weltkriegs endgültig untergegangen waren, zeigten sich die deutschen Protestanten zur Union mit ihren katholischen Glaubensbrüdern bereit.

Indes, nunmehr — also nach 1945 — machten sich im katholischen Lager, zumal im Münsterland, in der Pfalz und in Bayern, Ressentiments gegen die „preußischen“ Protestanten geltend.

Dazu kamen andere anti-protestantische Argumente. Manche katholische Politiker sagten voraus (und behielten später recht), daß eine katholisch-protestantische Union zwangsläufig zu einer bürgerlich-liberalen Ideologie tendieren werde. Eine „christliche Mischmasch-Partei“ werde zwar, so meinten

Keine Stockung im Materialfluß

Tausende von Multi-Transportgeräten beweisen tagtäglich ihre Zuverlässigkeit. Ein zusätzliches Gefühl der Sicherheit schafft jedem Multi-Besitzer der Abschluß eines Kundendienst-Wartungsvertrages.

87 Werkstattwagen mit geschulten Monteuren betreuen regelmäßig die gelieferten Geräte.



Wer kauft Mull-Gabelstapler?

Die gesamte Industrie
Großhandel
Speditionen und Lagereien
Eisenbahnen
Post
Flughäfen
Seehäfen
Kommunalverwaltungen

Welche Typen baut STILL?

Elektro-Drei- und Vierrad-
Gabelstapler
0,6 bis 2,5 t Tragkraft
Diesel-Drei- und Vierrad-
Gabelstapler
1 bis 2,5 t Tragkraft
Elektro-Karren
Elektro-Werkschlepper



STILL betreut jedes MULTI-Transportgerät



HANS STILL AKTIENGESELLSCHAFT

Hamburg-Billstedt
Liebigstraße 33 · Tel.: 731011
Fernschreiber: 02-11141

Fordern Sie den laufenden
Bezug unserer Hausmitteilung
„Die Transportarbeit“.

sie, „Rechtskreise einfangen“, dafür aber die katholische Arbeiterschaft verlieren. Aus dem Kreis dieser Katholiken gingen 1945 die Neugründer des Zentrums hervor — einer Partei, der allerdings, nach einigen Anfangserfolgen, wenig Glück beschieden war.

Was die Zentrums-Neugründer befürchteten, nämlich das Entstehen einer christlichen Massenpartei mit einer bürgerlichen Mischmasch-Ideologie — eben das war jedoch Adenauers Ziel. Adenauer (und mit ihm übrigens eine erhebliche Mehrheit der katholischen CDU-Gründer) plädierte nach 1945 sofort und energisch für den Zusammenschluß von Protestanten und Katholiken. „Ich bitte Sie und die anderen Herren“, schrieb er im August 1945 an einen bayrischen Parteifreund, „immer wieder bei Ihren Überlegungen sich zu vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlichen und demokratischen Grundlagen stehenden Kräfte uns vor aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann.“

Adenauer hatte für seine pro-protestantische Haltung sehr handgreifliche Gründe. Es war klar, daß eine katholisch-protestantische Union sehr viel mehr Wähler als eine rein katholische Partei um sich sammeln würde, mithin nicht nur Aussicht hatte, die Gefahren „aus dem Osten“, sondern auch die SPD abzuwehren.

Tatsächlich hat Adenauer später als Parteiführer oft sehr viel besser mit den protestantischen als mit den katholischen CDU-Landesverbänden zusammengearbeitet — und zwar wiederum aus sehr praktischen Gründen: Im politischen Katholizismus waren nämlich von 1945 bis 1948 starke sozialistische Tendenzen lebendig, die Protestanten hingegen stellten sich dem Parteiführer Adenauer für den Kampf gegen diese Tendenzen gern zur Verfügung.

Gleichwohl ist Adenauer immer wieder verdrängt worden, ein „Papst“ zu sein. Der grimmige Häuptling aller protestantischen Frondisten in der Bundesrepublik, Kirchenpräsident Niemöller, nannte einmal den Adenauer-Staat „ein Kind, das im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde“.

Was immer man von der Herkunft der Bundesrepublik denken mag, unverkennbar ist Adenauer zumindest persönlich kein Klerikaler. So wenig wie an der katholischen Mentalität Adenauers ist andererseits daran zu zweifeln, daß Hörigkeit gegenüber dem Klerus nicht zu der Art seiner Religiosität gehört.

Adenauers kirchliche Bindung ist rheinischer Art, fußt auf dem Naturrecht und schließt — sozusagen mit Genehmigung der Kirche — das „Aufmucken“ auch gegen den Klerus mit ein. Dieses Aufmucken ist selbstverständlich nicht grundsätzlicher Art, sondern eher eine Nuance alltäglicher Lebenshaltung, welche die Kirche selbst dem „kleinen Mann“ gestattet. So ist denn auch bei allen Begegnungen Adenauers mit der Kirche — sofern es dabei nicht um prinzipielle Fragen geht — ein Unterton des Anfortzeln, manchmal gar der Frivolität unüberhörbar. Etliche Anekdoten legen dafür Zeugnis ab:

Anlässlich der 700-Jahr-Feier des Kölner Doms fand ein kirchlicher Festakt statt. Der Bankier, Protestant und



Ehepaar Heuss (1950)
Eine fromme Frau...

Freund des Kanzlers, Robert Pferdmen- ges, hatte sich von Adenauer eine Karte besorgen lassen. Daraufhin wollte auch Frau Pferdmenes eine Teilnehmer- karte haben. Adenauer mußte jedoch seinen Freund 24 Stunden später ab- schlägig bescheiden. Er tat es mit fol-



... und die Gebeine der Heiligen Ursula: Ehepaar Pferdmenes

genden Worten: „Dat jehet leider nich. Frauen sin bei der Feier nich zugelassen. Et jibt nur zwei Ausnahmen. Dat ist die Christine Teusch“ (damals Kultusminister in Nordrhein-Westfalen) „un die Jebeine der Heiligen Ursula“ — die in feierlicher Prozession in den Dom getragen wurden.

Mit dem Kölner Kardinal Frings, den Adenauer übrigens normalerweise mit „Tach, Herr Frings!“ zu begrüßen pflegt, verbinden Adenauer alte Frotzeleien, wenn nicht Reibereien. In den zwanziger Jahren amtierte Frings im Kölner Vorort Braunsfeld als Pfarrer. In seinem Sprengel lag eine Schule, die als besonders vornehm galt. Es war der Ehrgeiz aller Kölner Patrizier, ihre Kinder in diese Schule zu schicken. Dazu bedurfte es aber, wenn die Eltern nicht in Braunsfeld wohnten, der Genehmigung des Braunsfelder katholischen Pfarrers.

Auch der damalige Oberbürgermeister Adenauer wollte seine Kinder gern in die Braunsfelder Schule schicken. Wie Adenauer den dazu eigentlich nötigen Kniefall beim Braunsfelder Pfarrer umging, berichtete später der Kardinal Frings:

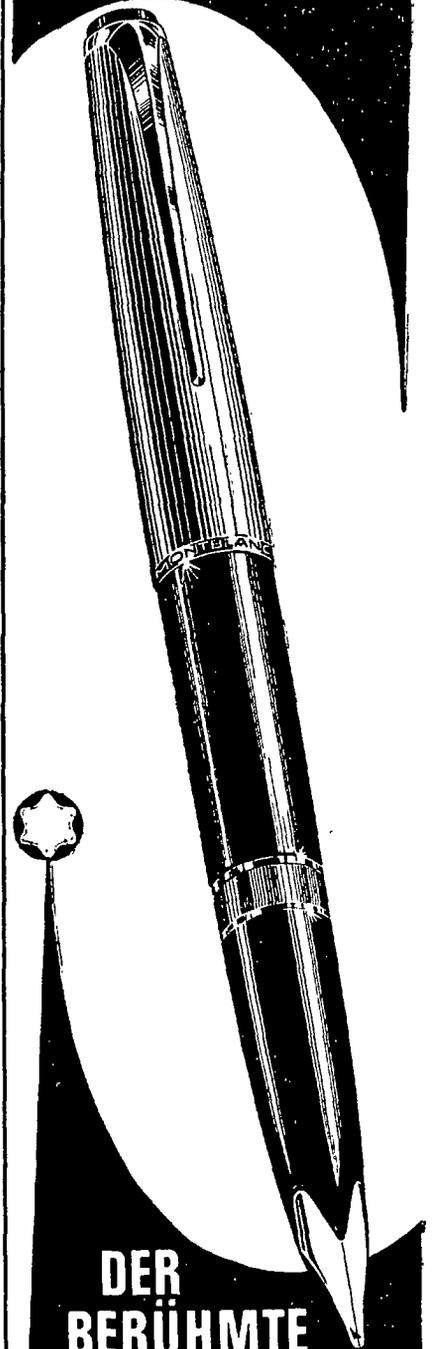
„Ich freute mich schon darauf, daß der etwas eigenwillige Bürgermeister sich bei mir die Erlaubnis holen mußte ... Aber es kam anders. Während der großen Ferien nahm der Kölner Bürgermeister Adenauer eine Neuerteilung der Schulbezirke der Domstadt vor, die so ausfiel, daß nunmehr auch seine Wohnung zum Braunsfelder Schulbezirk gehörte, so daß das Bittgesuch an mich also ins Wasser fiel.“

Dem ersten Pariser Botschafter der Bundesrepublik, Wilhelm Hausenstein, sagte Adenauer einmal, er habe nie vermocht, einen bischöflichen Ring zu küssen. Als der Konvertit Hausenstein sich schockiert zeigte, gab Adenauer eine verblüffend naive Erklärung: „Es ist so unhygienisch.“ Doch Hausenstein hatte Zweifel an der Erklärung. In seinem Buch „Pariser Erinnerungen“ meint er, das hygienische Argument sei wohl doch „nur ein Alibi für einen starken Drang nach Unabhängigkeit seiner Person, so gläubig diese im Grunde ist: an diesem katholischen, der Kirche einbeschlossenem Mann gibt es auch eine Facette, die vom Liberalismus her bestimmt ist ...“*

Als 1949 der erste Bundespräsident gewählt werden sollte und Adenauer den Alt-Liberalen Heuss dafür vorschlug, gab ein klerikaler Bajuware zu bedenken, daß Heuss wenig „kirchenfreundlich“ sei. Adenauer wischte den Einwand mit der er-

* Wilhelm Hausenstein: „Pariser Erinnerungen“. Günther Olzog Verlag, München, 248 Seiten; Preis 18,50 Mark.

Der neue
**MONT
BLANC**



**DER
BERÜHMTE
DEUTSCHE
FÜLLHALTER**

... glücklich, wer ihn besitzt!

Füllhalter-Preislagern von DM 10,- bis DM 350,-
Dazu den passenden Sicherheits-Kugelschreiber
ab DM 6,50 und den Montblanc-Pix-Druckstift ab
DM 4,50. Montblanc-Tinte pflegt jeden Füllhalter.

KINTORE

100%
Scotch
Blend



Ein
männlich herber
Scotch Whisky

ALLEINIMPORT: SOHNLEIN-RHEINGOLD, KG
IMPORTABTEILUNG: WIESBADEN-SCHIERSTEIN

KINTORE

nüchternen Feststellung beiseite: „Aber er hat eine fromme Frau. Das genügt!“

Adenauers konfessioneller Opportunismus (der anfänglich von enragierten Katholiken mit tiefem Mißtrauen beobachtet wurde) trug entscheidend zu der Ausdehnung der CDU auf die protestantischen Gebiete im Norden Westdeutschlands bei.

In den ersten Nachkriegsjahren erreichte Adenauer zum Beispiel, daß die 1946 in Schleswig-Holstein gegründete „Demokratische Union“ der CDU als Landesverband beitrug und daß sich der 1945 entstandene Hamburger „Vaterstädtische Bund“ und die Fraktion der Parteilosen in der Bürgerschaft unter Bürgermeister Petersen 1946 der CDU anschlossen. Nicht nur in Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern zum Beispiel auch in Hannover wirkte Adenauer energisch dahin, daß die dortigen katholischen Parteigründer, die vorwiegend dem alten Zentrum entstammten, zugunsten protestantischer Führer zurückgedrängt wurden.

Die Basis, auf der sich Adenauer mit den Protestanten verständigte, war die der bürgerlich-liberalen Demokratie — polemisch zugespitzt: die der bürgerlichen Besitzinteressen. Die Gründer der schleswig-holsteinischen „Demokratischen Union“ und des Hamburger „Vaterstädtischen Bundes“ waren zum großen Teil Unternehmer, Rechtsanwälte mit Industrie-Interessen, Verleger und Bankiers. Die „preußischen“ Ideale des Protestantismus lagen ihnen wenig am Herzen, wohl aber die liberale Demokratie. An diesem Punkt konnten sie sich denn auch — unbeschadet aller konfessionellen Unterschiede — gut mit dem rheinischen Bürger Adenauer einigen.

Adenauers Kontakte zu den norddeutschen protestantischen Politikern haben offenbar eine außerordentliche Bedeutung für die ideologische Programmierung der CDU gehabt. Die dabei getroffenen Absprachen kamen einem veritablen Bündnis zwischen Adenauer und dem Protestantentum gleich; dessen Ziel es war, die sozialistischen Tendenzen des politischen Katholizismus von 1945 abzuwehren.

Als sich im Sommer 1947 der katholische Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser und der rheinisch-katholische CDU-Führer Karl Arnold in dem Bestreben vereinigten, die Ruhr-Industrie zu sozialisieren, konnte sich Adenauer bei der Abwehr dieser Bestrebungen auch auf die norddeutschen CDU-Verbände stützen.

Die heute für selbstverständlich gehaltene bürgerlich-liberale Ideologie der CDU/CSU war in den Anfängen alles andere als selbstverständlich. Tatsächlich hat die CDU/CSU im Frühsommer 1945 als eine sozialistische, zumindest als eine sozialreformerische Partei begonnen. Ihre für damalige Beobachter durchaus überraschende Wendung zu einer bürgerlichen Partei vollzog sie erst im Dezember 1945, also zu einem Zeitpunkt, als Adenauer (nach Aufhebung des von den Engländern gegen ihn erlassenen Betätigungsverbots) auf der politischen Bühne erschien und sich die norddeutschen CDU-Verbände einigermaßen konsolidiert hatten.

Sozialistisch gestimmt war vor allem das Programm des wichtigsten, des Kölner Gründerkreises der CDU.



Kölner CDU-Gründer Schwing
Die Anfänge ...

Er bildete geradezu die geistige Zentrale des Links-Katholizismus — eine Tatsache, die insofern eine ironische Pointe hat, als Köln seit den zwanziger Jahren Adenauers ureigenstes Herrschaftsgebiet gewesen war.

Tatsächlich ist von den Gründern des Kölner Kreises — es waren der Verleger Theodor Scharmitzel, der Studienrat Leo Schwing und der Justitiar Wilhelm Warsch — keiner später im Adenauer-Staat zu hohen Ehren gelangt. (Nur Warsch brachte es zu dem freilich auch nicht eben hohen Verwaltungsposten eines Regierungspräsidenten.) Sie erlitten das Schicksal, das auch



Hessischer CDU-Gründer Brentano
... wurden vergessen

ihrem Programm zuteil wurde, von dem Leo Schwering später etwas wehmütig schrieb, es sei „das Urprogramm für jegliche christliche Politik in ganz Westdeutschland“ gewesen. Dieses Urprogramm — die „Kölner Leitsätze“ — und seine Schreiber sind heute fast völlig in Vergessenheit geraten.

Die „Kölner Leitsätze“ waren im Mai/Juni 1945 von Schwering, Warsch, Scharmitzel und anderen unter Anleitung des Paters Eberhard Welty von der Albertus-Magnus-Akademie des Dominikaner-Klosters Walberberg bei Bonn niedergeschrieben worden.

Der Tenor dieser „Leitsätze“ war sozialistisch: „Das Gemeineigentum darf so weit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheit des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.“

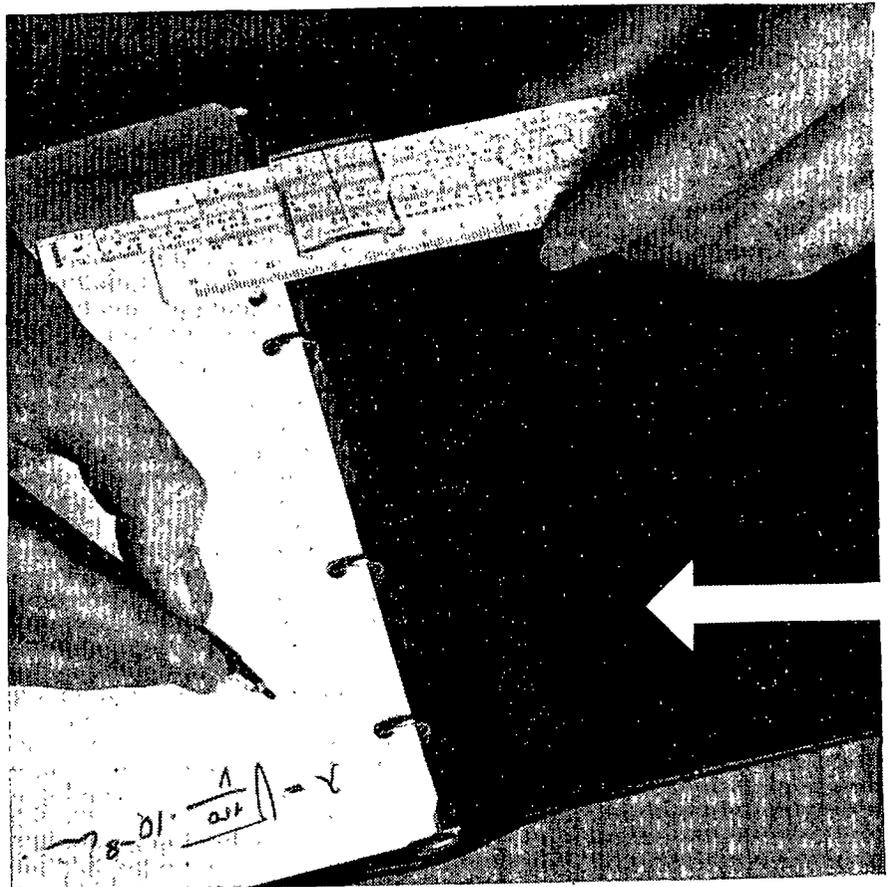
Kaum weniger sozialistisch war das erste Programm des fränkischen Gründerkreises der CSU. Die Initiative zu einer all-christlichen Parteigründung hatte in Würzburg Adam Stegerwald ergriffen, der zu Zeiten der Weimarer Republik Führer der christlichen Gewerkschaften gewesen war. Er wollte zunächst eine „Christlich-soziale Arbeiter- und Bauernpartei“ gründen, begnügte sich dann aber — nach einer Kölner Reise — mit dem weniger provozierenden Parteinamen „Christlich-Soziale Union“ (CSU). Das Wörtchen „sozial“ im Partei-Namen der bayrischen Christpolitiker ist so ziemlich das einzige, was von Stegerwalds „Arbeiter und Bauern“-Initiative verblieben ist: ein ironischer Rest aus der Urzeit der bayrischen Christdemokratie.

Das heute längst vergessene Erstprogramm des Stegerwaldschen (Würzburger) Gründerkreises verkündete: „Die Schlüsselindustrien, die Bodenschätze, der Bergbau, die Energiewirtschaft und alle monopolartigen Unternehmungen sind entweder in das Staatseigentum zu überführen oder dem Einfluß der öffentlichen Gewalt zu unterstellen.“

Ungefähr zur selben Zeit proklamierte der hessische CDU-Gründerkreis, zu dem unter anderen Heinrich von Brentano, Eugen Kogon und der christlich-soziale Publizist Walter Dirks gehörten, die sogenannten „Frankfurter Leitsätze“. „Wir wollen“, hieß es darin, „daß die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt werde, weil nur dadurch ... ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann.“

Der Linksdrall der CDU/CSU-Gründer hatte zwei Ursachen. Er ergab sich einmal aus den halb-sozialreformerischen Traditionen des Zentrums im Kaiserreich und der Weimarer Republik und zum anderen aus der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Jahre 1945.

Die Bewohner der deutschen Trümmerlandschaft von 1945 glaubten, das nach der Katastrophe verbliebene Nationalvermögen könne nur noch durch rigorose staatliche Reglementierung einigermaßen gerecht und nutzbringend bewirtschaftet werden. Im Kölner Gründerkreis meinte man, daß



Hergestellt

**aus
einer**



PLASTICFOLIE*

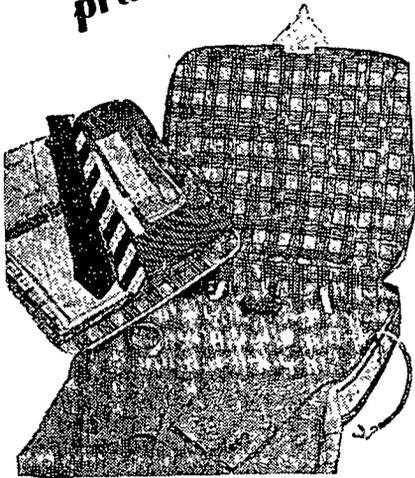
★ **ALKORIT**: millionenfach bewährt bei höchsten Qualitätsansprüchen. Diese PVC-Schweißfolie - uni, bedruckt oder mit Effekt-Struktur - besitzt hervorragende Verarbeitungs- und Gebrauchseigenschaften. Das Argument: „Hergestellt aus ALKORIT“ ist ein starker Verkaufsimpuls.

ALKOR weiß, worauf es bei Plasticfolien ankommt. Unser Anwendungstechnischer Beratungsdienst steht mit jahrelanger Erfahrung immer zur Verfügung, wo es um die Verarbeitung oder Verwendung von Plasticfolien geht.

ALKOR GMBH
München-Solln

© Registriertes Warenzeichen

**Freude schenken
praktisch denken**



CHAMPION DBGM
Anzug-Koffer

**In 3 Minuten
knitterfrei gepackt**

Ein Beispiel:

Kofferraum:

2-3 komplette Anzüge, 2 Paar Schuhe, 6 Paar Strümpfe, 1 Necessaire und Kleingekellen

Wäschetabliett:

4 Oberhemden, 2 Garnituren Unterwäsche, 1 Schlafanzug, Taschentücher und Krawatten

Außentasche:

1 Collegmappe, 1 Taschenschirm

Diese ausgereifte Entwicklung der bekannten BOSCHA-Produktion hat sich innerhalb der letzten 2 Jahre tausendfach bewährt. Konstruiert wurde dieser Koffer nach den neuesten Erkenntnissen der Zweckmäßigkeit, und so vereint er ein optimales Fassungsvermögen mit gediegener Eleganz. Aus hochwertigem, wasserdichten Spezialgewebe oder aus abwaschbarem Vollrindleder, weich gearbeitet, sowie als Rahmenkoffer mit Klappverschluss ist der CHAMPION lieferbar. CHAMPION ist der ideale Reisebegleiter für Auto und Flugzeug.



In guten
Lederwaren-Fachgeschäften

Achten Sie auf das
BOSCHA-Wertsiegel

Gratisprospekt und Bezugsquellennachweis
über BOSCHA-Werbedienst, Presseck/Oberfr
Postfach 218

80 Prozent der Deutschen durch den Krieg „wurzellos“ geworden seien.

Im Wuppertaler Gründerkreis wurde die Auffassung vertreten, daß die Deutschen „für Jahrzehnte, wenn nicht für Jahrhunderte Arbeiter für fremdes Kapital bleiben“ würden. „Unter den Lebensbedingungen des Jahres 1947“, meint der englischschreibende CDU-Historiker Heidenheimer, „hätte sich jeder, der öffentlich für die Rückkehr zum Eigentum, zum individuellen Unternehmertum und zu bürgerlichen Werten eingetreten wäre, bei seinen Freunden lächerlich und bei seinen Feinden bitter verhaßt gemacht.“

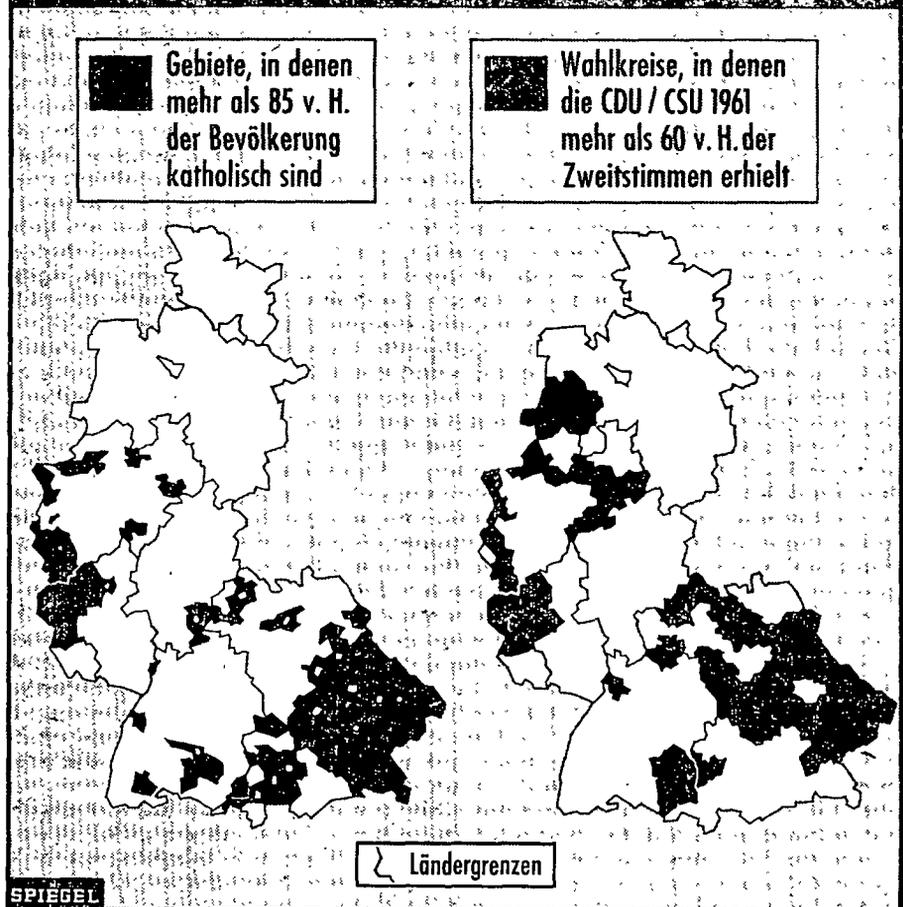
Der Sozialismus war — so schien es den christlichen Politikern der Stunde Null — angesichts der traurigen Gegenwart und angesichts der nicht minder traurigen Zukunftsaussichten schlechthin selbstverständlich. Sogar die Bürger, Bauern und Aristokraten, die den protestantischen Gründerkreis des ehemals pommerschen Großgrundbesitzers Hans Schlange-Schöningen in Plön bil-

1945 nicht nur pure Hoffnungslosigkeit, sondern im Gegenteil die Chance sahen, die deutschen Zustände von Grund auf zu erneuern — und zwar in Richtung einer Sozialreform.

Diese Sozialreformer der katholischen deutschen Politik fußten auf Traditionen, die über hundert Jahre alt waren. Den Grundstein des katholischen Sozialismus hatten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Mainzer Bischof Freiherr Wilhelm Emanuel von Ketteler und der Gründer der katholischen Gesellenvereine, der Kaplan Adolf Kolping, gelegt.

Der sozialreformerische Flügel der deutsch-katholischen Politik wurde noch durch die beiden Sozial-Enzykliken „Rerum novarum“ (1891) und „Quadragesimo anno“ (1931) der Päpste Leo XIII. und Pius XI. unterstützt. Obwohl beide Päpste den Sozialismus ablehnten (weil er atheistisch war), verlangten sie doch eine Umschichtung der Vermögen in der modernen Industriegesellschaft zugunsten der Arbeiterschaft.

ADENAUERS SCHWARZER HINTERGRUND



deten, beugten den Nacken unter das Joch, das — wie man damals meinte — den Deutschen zugleich mit jahrzehntelangem Elend auch den Sozialismus auferlegte.

Freilich, während das protestantische Bekenntnis zum Sozialismus im Grunde nicht mehr als eine Kapitulation vor der als hoffnungslos eingeschätzten wirtschaftlichen Lage Deutschlands war, gab es unter den Katholiken einen kräftigen Stamm von Politikern und Sozialtheoretikern, die in der Misere von

Indessen gab es zwischen den beiden Enzykliken Akzent-Unterschiede. Leo verlangte vor allem, der Staat möge dafür sorgen, daß der Arbeiter zu einer „kleinen Habe“ (möglichst: einem „kleinen Grundbesitz“) gelange.

Pius dachte darüber hinaus an einen, wenn auch begrenzten Staatssozialismus. „Mit vollem Recht“, meinte er in seiner Enzyklika, „kann man ja dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergroße

Macht nicht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden überantwortet bleiben kann.“

Der Unterschied zwischen Leos „Kleine Habe“-Idee und dem (begrenzten) Staatssozialismus des Papstes Pius XI. sollte 1945 für die ideologische Programmierung der CDU/CSU Bedeutung gewinnen. Während die ersten CDU/CSU-Gründerkreise — insbesondere unter dem Einfluß des Paters Welty — in ihren Programmen staatssozialistische Forderungen erhoben, trat von Dezember 1945 an die Idee der „kleinen Habe“ mehr und mehr in den Vordergrund.

Auf der Godesberger CDU-Reichstagung (Dezember 1945) wurde noch ein „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ gepredigt. Von da an verschwand das Wort „sozialistisch“ aus dem Sprachschatz der CDU — und zwar keineswegs zufällig.

Wenige Monate nach der Godesberger Tagung ließ Adenauer in der britischen Zone die unteren CDU-Parteistellen wissen, daß der Gebrauch von Vokabeln wie „sozialistisch“ oder „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, weil „irreführend“, nicht zu empfehlen sei.

Warum er gegen den Begriff „Sozialismus“ sei, erklärte Adenauer im Mai 1946: „Dadurch, daß wir diese Bezeichnung übernehmen, geben wir einem zum Untergang verurteilten Begriff aus propagandistischen Gründen neues Leben und schrecken viele Leute von uns ab, viel mehr als wir dadurch gewinnen.“ (Brief an die damals der CDU, später der SPD angehörende hannoversche Landtagsabgeordnete Sevenich.)

Im Konflikt mit dem ideologisch weit ausgreifenden CDU-Sozialismus der Ersten Stunde repräsentierte Adenauer das ideologische Kleinst-Programm der „kleinen Habe“, oder, wie er es nannte: des „mäßigen Besitzes“ — und dieses Programm entsprach der Einstellung des deutschen Normalverbrauchers von 1945. Damals notierte sich einer der vielen ausländischen Beobachter auf deutscher Bühne, der Schweizer Fritz René Allemann: Ein Volk, „das friert, entwickelt mehr Interesse an Kohlen als an neuen Gesellschaftsformen“.

Der CDU-Sozialismus versprach „neue Gesellschaftsformen“, Adenauer indes versprach genau das, was der Deutsche der Stunde Null sich als denkbar schönste Zukunft ausmalte, in den Worten Allemanns: ein Leben „ohne Utopie“, ein Leben „mit Nahrung, Kleidung, Möbeln und am Ende gar mit Motorrad, Kleinauto und Gesellschaftsreise“ — mit den Worten Adenauers: ein Leben in „mäßigem Besitz“.

In der Tat dürfte diese Parole zu einem guten Teil den Erfolg Adenauers als Parteiführer und Kanzler erklären.

Die Idee der „kleinen Habe“ hat besitzbürgerlichen Beigeschmack und könnte insofern auch als liberalistisch bezeichnet werden. Die Verteidigung des Eigentums ist aber auch Bestandteil der naturrechtlichen Soziallehre der Päpste. Tatsächlich begründete Adenauer seine Idee des „mäßigen Besitzes“ naturrechtlich. Er sagte von den Rechten der Einzelperson, zu denen auch das Recht auf Eigentum gehört, sie seien „nicht willkürlich geschaffen, sondern tief im Naturrecht verankert“.

Das Naturrecht des kleinen Mannes auf wirtschaftlich gesicherte Eigenstän-



HENKELL

TROCKEN

*Spekt von
höchster Reife
und Eleganz*

W 031187

ab
1.11. jeden
Mittwoch
Freitag
Samstag
Düsseldorf
mit - Wien
AUA

AUSTRIAN AIRLINES

ab Frankfurt
14 x pro Woche nach Wien
3 x nach Salzburg
ab Stuttgart
10 x nach Wien
ab Düsseldorf
3 x nach Wien
2 x nach Prag

Ab Wien AUA-Flüge nach Warschau,
Moskau, Budapest, Bukarest, Belgrad,
Sofia, Athen, Istanbul, Beirut.



Auskünfte und Buchungen durch jedes
IATA-Reisebüro,
AUA-Generalvertretung LUFTHANSA,
AUA-Repräsentanz für Deutschland,
Frankfurt, Kaiserstr. 75, Tel. 33 84 88
AUA-Stuttgart, Königsstraße 22/IV,
Tel. 22 11 11
AUA-Düsseldorf, Flughafen Lohausen,
Tel. 42 15 22



Kohle-Sozialisierer Arnold (M.): Ein Volk, das friert...

digkeit war die Plattform, von der aus Adenauer vom Januar 1946 an innerhalb der CDU zu allen programmatischen Experimenten offen Stellung bezog und von der aus er als CDU-Führer nach außen — im Konflikt mit der SPD und dem Kommunismus — argumentierte.

1946 erklärte Adenauer in den verschiedensten Abwandlungen immer wieder: „Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger, sei es in privater oder in öffentlicher Hand, ist eine Gefahr für die politische Freiheit...“

Ende 1946 schrieb Adenauer an Frau Sevenich: „Auch in der Frage der Zukunft unserer Industrie, insbesondere der Verstaatlichung unserer Grundindustrien, wird es innerhalb unserer Partei zunächst zu sehr starken Meinungs-

verschiedenheiten kommen. Der ‚östliche Wind‘ (eine Anspielung auf den damaligen Berliner CDU-Führer Kaiser) weht, wie ich fürchte, doch ziemlich stark herüber.“

In dem gleichen Brief setzte Adenauer seine Grundsätze auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik auseinander: „Wirtschaftliche Macht darf nicht zur Stärkung der politischen Macht dienen. Es war in der Vergangenheit falsch, es würde auch in der Zukunft falsch sein, wenn wir die wirtschaftliche Macht in der Hand eines schließlich doch von verhältnismäßig wenigen Leuten regierten demokratischen Staates vereinigt halten.“

Damals machte der britische Deutschlandminister Hynd den Vorschlag, die deutschen Schlüsselindustrien der zu richtenden deutschen Zentralregierung



... will eine kleine Habe: Kohlen-Lese in Hamburg-Altona

zu übertragen. Adenauer war über diesen Plan entsetzt: „Von allem anderen abgesehen, würden wir damit ein zentralistisches Reich von einer Allmacht bekommen, wie wir es zur Zeit des Nationalsozialismus gehabt haben. Es ist mir ganz unverständlich, wie die Engländer zu einer solchen Idee kommen.“

Die Warnung vor der „Zusammenballung wirtschaftlicher Macht“ richtete sich gegen den Kommunismus, gegen die SPD, gegen Bestrebungen, die deutsche Schwerindustrie einer Gewerkschaftsführung zu überlassen, aber auch gegen die staatssozialistischen Tendenzen innerhalb der CDU, die sich auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“ stützten.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der CDU zogen sich über drei Jahre hin, und Adenauer bedurfte aller Pffigkeit, um zu verhindern, daß die CDU/CSU sich in den Elendsjahren 1945 bis 1948 auf eine sozialistische Regierungspraxis festlegte. Gleichwohl erlitt er dabei schließlich eine Niederlage — freilich eine vollkommen folgenlose.

Diese Niederlage traf ihn am 6. August 1948, als der nordrhein-westfälische Landtag in Düsseldorf nach einer Debatte von über zwei Jahren die Sozialisierung des Bergbaus an der Ruhr beschloß — und zwar unter der, wenn auch verhohlenen, letztlich aber doch unzweideutigen Billigung fast aller christdemokratischen Abgeordneten.

Die Auseinandersetzungen über die Sozialisierung der Ruhr fanden vor einem politischen Hintergrund statt, dessen Voraussetzungen ständig wechselten. Bis zum Sommer 1946 gab es überhaupt keine deutsche staatliche Instanz, die über das Problem der Sozialisierung hätte entscheiden können. Erst 1946 entstand das Land Nordrhein-Westfalen. Aber auch dann blieb noch unklar, wie weit die Kompetenzen des noch zu wählenden Landesparlaments reichen würden. War eine so eminent wichtige Frage wie die der Sozialisierung an der Ruhr nicht Angelegenheit aller Deutschen — mithin Sache des künftigen deutschen Gesamtstaates?

Undurchsichtig war auch die Einstellung der Bevölkerung zur Sozialisierung. Sie änderte sich je nach der Versorgungslage und der Jahreszeit. Bei den Kreistagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Herbst 1946, also bei einer verhältnismäßig günstigen Versorgungslage, errang die CDU mit einem bürgerlichen Programm einen großen Sieg. Sie erzielte 46 Prozent der Stimmen.

Bei den Landtagswahlen im April 1947 hingegen — der härteste Nachkriegswinter ging eben zu Ende — fiel die CDU auf 37,6 Prozent zurück. Der Stimmenanteil der KPD erreichte 14 Prozent.

Für die nordrhein-westfälischen Politiker, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, war von großer Bedeutung, welche Meinungen sich innerhalb ihrer Partelen außerhalb Nordrhein-Westfalens durchsetzten. So war es für den Zusammenhalt der CDU keineswegs unerheblich, ob die nordrhein-westfälische CDU sich mit einem scharfen Sozialisierungskurs weit von dem bürgerlich-liberalen Standpunkt der norddeutschen CDU-Verbände entfernte.

Noch wichtiger war die Frage, welche Ansichten sich im Lager der westlichen



nimm's
leicht,
nimm
Scharlachberg



FREUND

SP 1784/26

Sie spüren es sofort: das ist ein neuer, ungewohnter Genuß. Dieses gas-snip mit seiner reinen Flamme entzündet den Tabak, ohne das Aroma zu beeinflussen. Machen Sie diesen Test: Lassen Sie den ersten Zug aus Ihrer Zigarette, Zigarre oder Pfeife auf der Zunge zergehen. Schmecken Sie bewußt kritisch, und Sie werden bestätigen - köstlich wie nie zuvor! Weitere Vorteile: Jede Füllung reicht für 4000 bis 6000 Zündungen, der Tank läßt sich bequem in wenigen Sekunden nachfüllen, die Flammenhöhe ist beliebig zu verstellen.

Rowenta

eine Flamme
rein
wie die Luft
am Meer



4626 - 20

gas-snip

In vielen Ausführungen
und Preislagen, schon
ab **22,50 DM**

Achten Sie auf das Flammen-Regulier-Rad. Und auf den Weltnamen Rowenta. Jeder Fachhändler erklärt Ihnen gern die Vorzüge dieser modernen Feuerzeuge. Bitte, fragen Sie ihn!

Besatzungsmächte durchsetzen würden: die Ansichten der sozialistischen Regierung Englands unter Clement Attlee oder die Ansichten der Regierung Harry Trumans, die jedenfalls nicht sozialistisch eingestellt war

Die CDU versuchte ihren Kurs nach dem jeweiligen Stand der politischen Verhältnisse einzurichten. Zu den Kreistagswahlen 1946 formulierte sie in Neheim-Hüsten ein bürgerliches Wahlprogramm, in dessen Mittelpunkt die Parole vom „mäßigen Besitz“ stand. Zu den Landtagswahlen im April 1947 hingegen präsentierte sie ein mehr sozialistisch abgestimmtes Programm, das sogenannte „Ahlener Programm“.

Das Ahlener Programm gilt heute als der Höhepunkt des christlichen Sozialismus in der CDU-Geschichte. Richtig daran ist, daß dieses Programm eine lapidare Absage an den Kapitalismus enthielt. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem“, hieß es darin, „ist den staatlichen und sozialen Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Im übrigen jedoch war das Ahlener Programm ziemlich dunkel. Zwar wurde darin die „Vergesellschaftung“ der Kohle und eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ verlangt, unklar blieb aber, was mit den neuen Begriffen konkret gemeint war. Sehr präzise dagegen war das Programm, wenn es vor der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger — also etwa der Gewerkschaftsfunktionäre — warnte.

So erhält man den Eindruck, daß in Ahlen unter Adenauers diskreter Führung ein Programm entstanden war, das sich zwar mit deklamatorischen Erklärungen dem anti-kapitalistischen Trend des Elendswinters 1946/47 anpaßte, im übrigen jedoch hinter einem Schirm sozialistisch klingender, aber letztlich undurchsichtiger Proklamationen eine abwartende Haltung der CDU verhüllte.

Nach den April-Wahlen 1947 kam in Nordrhein-Westfalen eine ausgesprochen sozialistisch gestimmte Regierung zustande. Karl Arnold, linker CDU-Führer, ehemaliger christlicher Gewerkschaftler, wurde Ministerpräsident. Seinem Kabinett gehörten die SPD, das sozialisierungsfreudige Zentrum und zu Anfang sogar die KPD an. In der Regierungserklärung dieses Kabinetts hieß es, daß die deutsche Grundstoffindustrie in Gemeinwirtschaft übergeführt werde. Gemeint waren: die Kohle, die Großchemie, Stahl und Eisen.

Mit dieser Erklärung des CDU-Regierungschefs Arnold trat die Sozialisierungsdebatte in das Stadium der Entscheidung. Die SPD brachte im Düsseldorfer Landtag einen Gesetzentwurf „zur Sozialisierung der Kohlenindustrie im Lande Nordrhein-Westfalen“ ein, schlug vor, die Kohle für „Eigentum des Landes“ zu erklären und eine Selbstverwaltungskörperschaft einzurichten, die von Vertretern des Landtags, der Betriebsleitungen, der Gemeinden und der nicht-kohleproduzierenden Wirtschaft besetzt werden sollte.

Adenauer, damals Fraktionsführer der CDU im Düsseldorfer Landtag, war in einer schwierigen Lage. Die Landesregierung, die Mehrheit des Landtages und sogar die Mehrheit seiner eigenen Fraktion waren geneigt, dem SPD-Entwurf zuzustimmen. Er selbst war dagegen.



Christosozialist Albers
Das Erfolgs-Rezept ...

Angesichts seiner hoffnungslosen Situation verlegte er sich auf eine Taktik des Hinhaltens und Hinauszögerns. Sein wichtigster Mitstreiter in diesem Gefecht war Gustav Heinemann, damals CDU-Landtagsabgeordneter, später CDU-Bundesinnenminister und heute Sozialdemokrat. Die Taktik Adenauers und Heinemanns bestand zur Hauptsache darin, immer wieder neue Zusatzanträge einzubringen und langwierige Debatten über Begriffsdefinitionen zu entfachen.

Im Kern lief Adenauers Kritik an dem SPD-Kohlegesetz immer wieder auf das Argument hinaus, es mache den Staat zum omnipotenten Arbeitgeber — und jeder Arbeitgeber, der auf seinem Gebiet ein Monopol genieße, sei „ein



Christliberaler Erhard
... wurde zum Glaubensbekenntnis

grausamer Arbeitgeber“. Deshalb müsse auch bei der Neugestaltung der Kohlewirtschaft das „machtverteilende Prinzip“ gewahrt bleiben, und zwar nicht zuletzt im Interesse der Arbeiterschaft selbst.

Inzwischen aber zeichneten sich auf der Bühne der internationalen Deutschland-Politik zwei Entwicklungen ab, die beide die Bedeutung der Düsseldorfer Sozialisierungsdebatte stark herabminderten.

Die eine dieser Entwicklungen führte schließlich zur Gründung der Bundesrepublik und ließ bereits 1947 ahnen, daß der Düsseldorfer Sozialisierungs-Streit um eine Frage ging, für die das Land Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit gar nicht mehr zuständig sein werde: Die Sozialisierung der Ruhr mußte in die Kompetenz des zukünftigen deutschen Staates fallen.

Die andere Entwicklung führte am Ende dazu, daß die jeglichen Sozialisierungs-Experimenten abholden Vereinigten Staaten zur eigentlichen Führungsmacht unter den drei westlichen Besatzungsmächten wurden.

Von Mitte 1947 an begann deutlich zu werden, daß das vom Kriege erschöpfte England einem wirtschaftlichen Debakel entgegensteuerte. Die britische Labour-Regierung unter Clement Attlee sah hilfesuchend nach Washington. Das Prestige und der Durchsetzungswille des britischen Sozialismus schwanden, und zwar auch in Deutschland: England zeigte sich notgedrungen geneigt, die Position der tonangebenden westlichen Besatzungsmacht auf deutschem Boden an die USA abzutreten.

Noch im Herbst 1946 hatte der britische Außenminister und Gewerkschaftsführer Bevin im Londoner Unterhaus Englands Entschlossenheit proklamiert, in der britischen Zone eine sozialistische Entwicklung voranzutreiben. In eine kritische Phase trat dieser Wille Englands, als am 1. Januar 1947 in Frankfurt eine bizonale, sowohl für die amerikanische als auch die britische Zone zuständige deutsche Zentralverwaltung, der sogenannte „Wirtschaftsrat“, errichtet wurde.

Die Frage war, welche der beiden Besatzungsmächte — England oder Amerika — den bestimmenden Einfluß auf die Frankfurter Wirtschaftsverwaltung ausüben sollte. Am Ende des Jahres war die Frage entschieden: England gestand den USA das ausschlaggebende Wort zu.

Im März 1948 wurde der damals noch parteilose Professor Ludwig Erhard zum Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung im Rahmen der Frankfurter Behörde gewählt.

Die Signale der sozialpolitischen Entwicklung in dem geplanten neuen deutschen Staat zeigten also zu Beginn des Jahres 1948 grünes Licht für die Rekonstruktion einer liberalen, auf jeden Fall nicht sozialistischen Gesellschaftsform. „Der Weg“, erklärte Erhard, „muß zu freien Formen der Marktwirtschaft zurückführen ...“

Im Juni 1948 nahm Erhard — nach Plänen, die vornehmlich von amerikanischen Experten ausgearbeitet worden waren — die Währungsreform in allen drei westlichen Zonen vor.

Damit hatte die Re-Stabilisierung der westdeutschen Wirtschaft begonnen — und zwar unter amerikanischer Anlei-



ab DM 5,25

OLD SPICE ist in aller Welt ein Begriff für elegante männliche Gepflegtheit. OLD SPICE Pro-Electric Shave Lotion macht Ihre Haut rasiertrocken, strafft sie und richtet den Bart auf, so daß der Scherkopf ihn tiefer erfaßt. Sie sind besser rasiert für den ganzen Tag.

Herren sind

Old Spice

gepflegt

SHULTON · NEW YORK

tung und unter liberalistischen Vorzeichen.

Angesichts dieser Entwicklung hatte die Niederlage, die Adenauer am 6. August 1948 erlitt, als der Düsseldorf Landtag für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus stimmte, im Augenblick ihres Geschehens schon keine praktische Bedeutung mehr. Die britische Zonenverwaltung hatte bereits vorher lautlos von ihren alten Sozialisierungs-Empfehlungen Abschied genommen. Sie ließ deswegen der Düsseldorf Regierung durch den General Bishop den Bescheid zukommen, die Militärregierung sehe sich nicht in der Lage, das nordrhein-westfälische Sozialisierungsgesetz zu akzeptieren. Die Frage der Sozialisierung der Kohle werde Angelegenheit des künftigen deutschen Staates sein.

für die Wahlerfolge der CDU/CSU ausschlaggebende Bedeutung gewinnen sollte.

Zum anderen aber gewann Erhard, kaum der CDU beigetreten, einen eminenten Einfluß auf die ideologische Programmierung der CDU. Charakteristischerweise gründete sich dieser Einfluß jedenfalls zunächst nicht so sehr auf eine direkte Beteiligung Erhards an der Programm-Formulierung als vielmehr einfach auf die Tatsache, daß die faktischen Erfolge der Erhardschen Politik für die Programme der CDU richtungweisende Kraft erhielten. Der Erfolg wurde zum ideologischen Lehrmeister der CDU, die Ideologie zur Schülerin des Faktischen.

Der wirtschafts- und sozialpolitische Opportunismus, gegründet auf eine

len im Herbst 1949 zu ziehen gedachte: die sogenannten „Düsseldorfer Leitsätze“.

Sie waren, so urteilt der englisch-schreibende CDU-Historiker Heidenheimer, „kaum mehr als eine Wiederholung des ökonomischen Glaubensbekenntnisses von Erhard“.

In der Tat glichen diese neuen „Leitsätze“ mehr einem mit emphatischen Füllworten aufgedonnerten „Bekenntnis“ als einem politischen Programm. Die darin als künftiges sozialpolitisches Ideal angepriesene „soziale Marktwirtschaft“ sollte durch „die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik auf Grund einer elastischen Anpassung an die Marktbeobachtung“ verwirklicht werden.



Adenauer vor dem Kölner Rathaus (1945): Ein Leben ohne Utopie

Der Sieg, den Adenauers sozialistische Gegner innerhalb und außerhalb der CDU an der Ruhr errungen hatten, war auf einem Schlachtfeld errungen worden, das für die Gestaltung der deutschen Verhältnisse bedeutungslos geworden war. Vor dem Hintergrund der bereits durch die bizonale Verwaltung eingeleiteten Liberalisierung wirkte das Düsseldorf Ereignis unzeitgemäß und deplaciert.

Im Sommer 1949 trat Erhard — obwohl er vor allem mit Hilfe der FDP und gegen den anfänglichen Widerstand der CDU Direktor der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung geworden war — der CDU bei. Das hatte weittragende Folgen.

Einmal konnte fortan die CDU das Prestige der Erhardschen Wirtschafts- und Sozialpolitik für sich selbst in Anspruch nehmen, eine Tatsache, die

flott florierende und ständig expandierende Wirtschaft, wurde damit also zur sogenannten Ideologie der Christlich-Demokratischen Union.

Freilich hatte diese Entwicklung der CDU-Ideologie schon vor dem Beitritt Erhards eingesetzt. Bis 1947 hatte der Links-Katholik und ehemalige christliche Gewerkschaftler Johannes Albers innerhalb der Kölner CDU-Zentrale als Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialausschusses gedient. Unter der formellen Federführung eines Gewerkschaftlers war damals das Ahlener Programm entstanden.

1947 wurde ein Ausschuß für Wirtschaftspolitik gegründet, dessen Vorsitz der Rechtsanwalt Franz Etzel übernahm. Fortan formulierte Etzels Ausschuß die Wirtschaftspolitik der CDU, vor allem das Programm, mit dem die CDU in den Wahlkampf der ersten Bundestagswahl-

Im Grunde besagte dieses Wortgeklänge nichts anderes, als daß die CDU beabsichtigte, die wirtschaftliche Entwicklung nach der Währungsreform zu beobachten, um dann jeweils bei neu auftretenden Erscheinungen zu entscheiden, ob und mit welchen Mitteln der Staat einzugreifen habe.

Faktisch hatte die CDU durch die Düsseldorf Leitsätze die ideologische Initiative an den anonymen Wirtschaftsprozess selbst delegiert — auf jeden Fall für die Zeit, in der die Wirtschaft florierte und immer neuen Reichtum ausschüttete. Der SPD-Führer Schumacher sprach damals mit einem giftigen Seitenblick auf Erhard von dem „dicken Propagandaballon des Unternehmertums, der mit den Abgasen des verwesenden Liberalismus gefüllt“ sei.

Fortsetzung folgt